

An die Damen und Herren Verhandlungsführer der Parteien  
zur Erreichung einer Koalition bzw. Minderheitsregierung



IG-JMV Haus der Bundespressekonferenz  
Berlin, 04.09.2017

## OFFENER BRIEF

### Familien- und Geschlechterpolitik in den Koalitionsverhandlungen

„Weiter so?“

1. Dezember 2017

Sehr geehrte Damen und Herren Verhandlungsführer,

die *Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter* (IG-JMV) erbittet Ihr Engagement für eine *ausgewogene zukünftige Geschlechterpolitik* als Ergebnis der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen.

Ein „weiter so“ darf es aus unserer Sicht nicht geben. Familienpolitik und die politische Ausrichtung des Bundesfamilienministeriums bedürfen eines veritablen Neustarts. Richtig ist:

*Die Politik muss weiblicher werden – zahlenmäßig.  
Inhaltlich muss die Politik weniger weiblich werden.*

Das will heißen: Zukünftig muss in der Familien- und der Geschlechter-Politik der *gleichberechtigte Blick auf beide Geschlechter* selbstverständlich sein.

Die Parteien sind gut beraten, die vernachlässigenden Positionen zu verlassen, um sich wieder den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung zu widmen, um Frauen *und Männern* zuzuhören. Konkret lauten Forderungen der IG-JMV zur Aufnahme ins Koalitionspapier:

- Der Blick auch auf die Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern.
- Die Bereitschaft zu einem *offenen Dialog* mit authentischen Vertretern der Belange von Jungen, Männern und (getrennt erziehenden) Vätern.
- Die zeitgemäße Benennung des Bundesfamilienministeriums und der Ausschüsse des Bundestags in einem ganzheitlichen und inklusiven Verständnis.
- Im Bundesfamilienministerium müssen zeitgemäße Standards eingeführt werden: Geschlechterparitätische Besetzung der Referate und Leitungsgremien.
- Im Bundesfamilienministerium ist die Abteilung 4 Gleichstellung aufzulösen und durch eine neu zu schaffende Abteilung *Chancengleichheit* zu ersetzen.
- Es ist eine Enquete-Kommission einzusetzen zur Erarbeitung eines neuen und *zeitgemäßen Familienrechts* (siehe beiliegende Stellungnahme) mit individuellen und dynamischen Lösungen für Nachtrennungsfamilien.

In der vergangenen Legislaturperiode galt sowohl für die Ausschüsse als auch für die zuständigen Ministerien: Authentische Vertreter der Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern wurden nicht geladen. Versuchte die Politik

**die Bedürfnisse von Jungen, Männern und Vätern *unsichtbar* zu machen?**

Das empfanden viele Männer so. Sie bewerteten die Vorgänge als *diskriminierend* und als *skandalös* und begannen zur Bundestagswahl 2017 politisch zu reagieren:

- Besser verdienende Männer wählten mehrheitlich die FDP.
- Schlechter verdienende Männer wählten mehrheitlich die AfD.

Bitte nehmen Sie diese Entwicklung ernst.

Es geht auch anders. Beiliegende Forderungsaufstellung „*Das modernste Familienrecht in Europa schaffen*“ zeigt es: Sie steht für zeitgemäße Lösungen, bei denen keine Partei zum Verlierer wird. Die Forderungen resultieren aus dem Geist des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und beachten den Grundsatz

**gleiche Rechte für Mann und Frau, für Mütter und Väter.**

Bitte setzen Sie sich für die Umsetzung dieser Inhalte ein.

„Nach der Wahl ist vor der Wahl“ – dieses Bonmot beschreibt die aktuelle Stimmung bei den männlichen Wählern. Sollte sich in der zukünftigen Koalitionsvereinbarung / im zukünftig zuständigen Bundesministerium erneut der Einfluss einer ausschließlich feministisch ausgerichteten Organisation (ASF) dominant wiederfinden und der Diskurs mit authentischen Männer- und Väter-Organisationen weiterhin fehlen, so wird die männliche Wählerschaft alle an der Koalition beteiligten Parteien dafür verantwortlich machen.

Die kommenden Landtags- und Bundestags-Wahlen können spannend werden.

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis, wünsche Ihnen ausreichend Courage und *standing* in den Verhandlungen und verbleibe

mit herzlichen Grüßen



Gerd Riedmeier

Sprecher

**Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV)**

Anlagen:

- Männer- und Väter-Diskriminierung während der vergangenen Legislaturperiode
- Stellungnahme der IG-JMV für das Bundesministerium der Justiz (BMJV): „Das modernste Familienrecht in Europa“ (14 Seiten DIN A 4)

Anlage 1

Männer- und Väter-Diskriminierung während der vergangenen Legislaturperiode:

- Die herrschende Einseitigkeit in der *Geschlechterpolitik*. Die Parteien zeigten sich lediglich für ein Geschlecht verantwortlich: das *weibliche*.
- Die herrschende Einseitigkeit in der *Familienpolitik*. Die Parteien zeigten sich lediglich für einen Elternteil verantwortlich: *Mütter*-zentriert.
- Die allgemeine, auch steuerliche *Diskriminierung von Nachtrennungsfamilien*. Für die Parteien endet das Verständnis von Familie mit dem Tag der Scheidung. Danach gibt es für sie nur mehr sogenannte „Alleinerziehende“. Dabei sind wirklich Alleinerziehende selten.
- *Sigmar Gabriel* und die SPD betrieben im Frühsommer 2017 ein regelrechtes „*Väter-Bashing*“. Den Vätern wurde pauschal die Verweigerung von Unterhaltszahlungen für ihre Kinder unterstellt. Viele Abgeordnete (m/w) sind dabei nicht fähig zum Blick auf die finanziellen Lebenswirklichkeiten von Vätern, die z.B. zum Mindestlohn arbeiten (Nettoverdienst: ca. 1.100 € bei Unterhaltsverpflichtungen in Höhe von 700 € für 2 Kinder).
- Die Studie „*Kindeswohl und Umgangsrecht*“ des BMFSFJ zum Thema Nachtrennungsfamilien: Nach Weisung aus dem Bundesministerium dürfen Väter nicht interviewt werden, wenn die Mutter es nicht will.
- Die Spitze des Bundesfamilienministeriums besteht aus drei Frauen – eine 100 % ige Geschlechterquote. Alle drei Frauen sind Mitglieder der *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)*.
- Die Staatssekretärin im BMFSFJ desavouierte und diffamierte öffentlich und pauschal authentische Vertreter der Bedürfnisse von Männern und Vätern in ihrer Rede auf dem Luxemburger Kongress „*International Congress on Men and Equal Opportunities*“ (ICMEO).
- Authentische Vertreter der Belange von Jungen, Männern und Vätern wurden weder von den Ausschüssen des Bundestages noch von den zuständigen Bundesministerien (unter Minister Maas und Ministerin Schwesig) geladen. Ihre Bedürfnisse sollten *unsichtbar gemacht* werden.
- *Gender Budgeting*: In den Genuss von staatlicher struktureller Förderung kommen ausschließlich Frauenorganisationen. Authentische Männerorganisationen gehen leer aus. Das entspricht einem Verhältnis von 0 % zu 100 %.
- ... (Aufzählung nicht vollzählig)